

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Landespflegerates Berlin-Brandenburg

Im Jahr 2018 hat das Land Brandenburg eine repräsentative Umfrage bei den Pflegefachpersonen durchgeführt, die klar zeigt: „eine signifikante Mehrheit von 56% der Pflegefachkräfte ist für die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg. Dieses Bild zeigt sich in nahezu gleichem Umfang in der ambulanten Pflege (57%), der stationären Pflege (57%) und im Krankenhausbereich (55%)“. (Abschlussbericht Dialog Pflegekammer 2019, S. 38)

Die Ergebnisse wurden durch das Ministerium bis zur Unkenntlichkeit in einer Abschlussveranstaltung interpretiert und Entscheidungen zur Gründung eines Errichtungsausschusses für eine Pflegekammer in Brandenburg zurückgestellt und auf die nächste Legislatur verschoben.

Um die Pflegenden in Brandenburg darüber zu informieren, ob Sie bei einer evtl. Regierungsbeteiligung eine Pflegekammer zum Bestandteil Ihrer Forderungen machen, möchten wir Sie um eine deutliche Aussage bitten.

Wird Ihre Partei bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung sich für die Gründung einer Pflegekammer einsetzen und damit den Pflegenden in Brandenburg Autonomie, Selbstverwaltung und Mitbestimmung im Gesundheitssystem ermöglichen?

Wir wollen die Diskussion über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Schaffung einer Pflegekammer in der neuen Wahlperiode zum Abschluss bringen. Dabei sind verschiedenste Aspekte zu berücksichtigen – nicht zuletzt der, ob die aktuelle Kammerstruktur nicht generell zu hinterfragen ist.

Ein Aspekt ist der, ob ausnahmslos alle Akteure der Pflege - von examinierten Pflegefachkräften über Pflegehelfer, Assistenten, Betreuungskräften bis hin zu pflegenden Angehörigen - in der Pflegekammer vertreten sind. Weiterhin ist im Vorfeld zu klären, wie die Pflegekammer an der Lösung der eigentlichen Probleme der Pflege – Fachkräftemangel, Arbeitsbedingungen, Entlohnung – mitarbeiten kann, denn genau da liegt die Erwartungshaltung der meisten Pflegekräfte und genau da hört das Aufgabenspektrum der meisten Kammern aber auf.

Wichtig ist, dass die Akteure der Pflege ein echtes Mitspracherecht haben und in naher Zukunft Problemlösungen sehen und nicht, dass sie sich „zwangsverkamert“ an ergebnisoffenen Diskussionen beteiligen können, denn wie die Befragung zeigte, ist eine knappe Mehrheit zwar für eine Interessenvertretung, aber bspw. gegen Pflichtbeiträge.

DIE LINKE sieht in den jetzigen Kammerstrukturen bis jetzt nicht alle notwendigen Aspekte berücksichtigt, die im Bereich Pflege zu berücksichtigen sind. Aus diesem Grunde ist die Diskussion fortzusetzen, bis eine solide Interessenvertretung – ob als Kammer oder in Form eines anderen Zusammenschlusses - entwickelt worden ist.